



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 6/15

I. Das Wichtigste zuerst

1. „Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern“



So heißt die im Februar dieses Jahres veröffentlichte [Studie der Bertelsmann Stiftung](#). Auf Antrag der Fraktion Die Linke fand dieses Woche eine aktuelle Stunde zu diesem Thema statt. Auch ich durfte für meine Fraktion eine Rede halten. Armut ist ein Risiko für die Entwicklung von Kindern. **Am 30.06.2014 war bundesweit jedes sechste Kind unter drei Jahren arm!** Armutskonzentration im Umfeld und insbesondere in der Kita bremst die Entwicklung zusätzlich. Es greifen mehrere Faktoren ineinander, die sich negativ auf die Entwicklung von Kindern auswirken können. Mangelhaftes Deutsch, Bildung der Eltern und der Zeitpunkt des Kitabeginns haben Einfluss auf die Entwicklung des Kindes. Die Aufgabe der Politik besteht zum einen darin, die Eltern bzw. Alleinerziehende (50 % der Haushalte im SGB II-Bezug mit Kindern sind Alleinerziehenden-Haushalte!) zu unterstützen, also konkret die Arbeitslosigkeit bzw. Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen. Zum anderen muss der Zugang zu Kitas und anderen Fördereinrichtungen und das unabhängig vom finanziellen Hintergrund der Eltern bzw. der Familie gesichert sein. Mit dem „**Gesetz zur weiteren**

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Soziale und arbeitsmarktpolitische Themen bildeten auch diese Woche den Schwerpunkt der Beratungen. In meiner Plenarrede diese Woche ging es um Kinderarmut. Es ist nur schwer zu begreifen, dass in Deutschland jedes sechste Kind unter drei Jahren arm ist. Wir Politiker sind gefragt aber auch die Gesellschaft ist gefragt, das heißt jeder von uns kann etwas zur Unterstützung beitragen. Ich danke von Herzen allen, die mit gutem Beispiel vorangehen. Es gibt viele Ehrenamtliche im Wahlkreis, die freiwillig unersetzliche Arbeit leisten!

Am Montag nahm ich an der Anhörung des Ausschusses Arbeit und Soziales zum Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower) teil. Außerdem fand eine Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zum Thema TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership“) statt.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Diese Forderung hat nur wenig mit Realität zu tun. Frauen verdienen immer noch weniger als Männer, obwohl sie gleiche oder gleichwertige Arbeit leisten. Auf diese Ungerechtigkeit soll der Equal Pay Day aufmerksam machen. Es gilt, die erhebliche Verdienstlücke endlich zu schließen (S. 2).

Ganz besonders gefreut habe ich mich diese Woche über den Besuch der Schülerinnen und Schüler des Klettgau-Gymnasiums Tiengen! Leider gab es nicht viel Zeit zum Diskutieren, das Gespräch wird aber schon bald in der Schule nachgeholt (S. 3).

Herzliche Grüße

Ihre

Entlastung der Kommunen ab 2015 und zum qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung“, welches am 1. Januar in Kraft getreten ist, ermöglichen wir Schaffung von noch mehr Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige und verbessern zudem die Qualität der Kindertagesbetreuung. Vollständige Rede zum Anschauen und Nachlesen finden Sie [hier](#).

2. Kommunen sind Gewinner des Investitionsprogramms!

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch den Nachtragshaushalt 2015 sowie das **Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern** beschlossen. Vollständige Informationen finden Sie [hier](#).

3. Equal Pay Day und Gemeinsame Sitzung der Gruppe der Frauen und der Arbeitnehmergruppe

Heute, am 20. März, ist Equal Pay Day. Er markiert symbolisch den Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer schon seit dem 1.1.2015 bezahlt werden. Der geschlechtsspezifische Entgeltunterschied beträgt laut Statistischem Bundesamt in Deutschland aktuell fast 22 Prozent. In allen Berufen sind die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Männer höher als bei Frauen. Die Bruttostundenverdienste in Branchen, wo viele Frauen arbeiten, sind zudem tendenziell niedriger als in Branchen, wo viele Männer arbeiten. **Insbesondere müssen die Sozial- und Erziehungsberufe aufgewertet und besser bezahlt werden.**

Mit dem geplanten Entgeltgleichheitsgesetz wollen wir den Koalitionsvertrag umsetzen. Unternehmen ab 500 Beschäftigte sollen verpflichtet werden ihre Entgeltpraxis transparent und



geschlechtergerecht zu gestalten. Die Herstellung der Transparenz ist aus meiner Sicht ein nicht ganz einfaches Unterfangen, zumal die Umsetzung ein Mehr an Bürokratie für Unternehmen bedeutet.

(Bild v. links: Christel Voßbeck-Kayser MdB, Gabriele Schmidt MdB, Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB und Claudia Lücking-Michel MdB)

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Regierungserklärung durch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat am 19./20. März 2015 in Brüssel. Im Mittelpunkt des Europäischen Rates wird die geplante Energieunion stehen. Neben Fragen der Versorgungssicherheit sollen hierbei auch Aspekte wie die Energieeffizienz und erneuerbare Energien angesprochen werden.

2. Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz – PräVG). Im Zentrum des Gesetzentwurfs der Bundesregierung, den wir in erster Lesung beraten haben, steht die Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten wie Kindertagesstätte, Schule, Betrieb oder stationäre Pflegeeinrichtungen. Krankenkassen und weiteren Sozialversicherungsträgern sowie den in den Ländern verantwortlichen Akteuren sollen mehr Möglichkeiten eröffnet werden, gemeinsam eine gesundheitsförderliche Gestaltung von Lebensbedingungen zu unterstützen

III. Sonstiges

1. Schülerinnen und Schüler des Klettgau-Gymnasiums in Berlin!

Nach einem Plenarbesuch der Klasse blieb Zeit für die Begehung der Kuppel und ein gemeinsames Foto. Demnächst besuche ich die Schülerinnen und Schüler in ihrer Schule in Tiengen.



2. Immer mehr Frauen sind erwerbstätig!

Der Anteil von erwerbstätigen Frauen an allen Erwerbstätigen hat sich seit dem Jahr 2000 von 44 auf 47 Prozent im Jahr 2013 erhöht und lag 2013 bei rund 18,5 Millionen. Dabei sei zwar in den vergangenen Jahren, seit 2011, die Erwerbstätigkeit in Deutschland insgesamt um 1,8 Prozent gestiegen. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen stieg mit 2,2 % aber stärker als die der Männer mit 1,4 Prozent, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Opposition.



IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Kongress - Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Arbeit und Gesellschaft verwirklichen

Menschen mit Behinderungen gehören in unsere Mitte! Sie sollen wie alle anderen gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Eine moderne Behindertenpolitik erkennt Barrieren und beseitigt sie, insbesondere in Arbeit, Gesundheit und Wohnen. Auf dem Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am

kommenden Montag, dem 23. März 2015, von 13.30 Uhr bis 17.00 Uhr im Deutschen Bundestag werden wir darüber diskutieren, wie die Inklusion in der Arbeitswelt und Gesellschaft verwirklicht werden kann. Ich lade Sie herzlich ein, den Kongress **live unter**

www.cducusu.de/veranstaltungen

im Internet zu verfolgen!

2. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 31. März, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

3. Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis (Auswahl):

- | | |
|-------------------|--|
| 30. März: | <ul style="list-style-type: none">• Antrittsbesuch in der Gemeinde Bernau, Gespräch mit Bürgermeister Rolf Schmidt |
| 31. März: | <ul style="list-style-type: none">• Gemeinsamer Antrittsbesuch mit Thomas Dörflinger MdB in der Gemeinde Gundelfingen, Gespräch mit Bürgermeister Raphael Walz |
| 31. März: | <ul style="list-style-type: none">• Antrittsbesuch in der Gemeinde Buchenbach, Gespräch mit Bürgermeister Harald Reinhard |
| 14. April: | <ul style="list-style-type: none">• Treffen mit dem Arbeitskreis Inklusion, Kindergarten Gurtweil, Waldshut-Tiengen |
| 15. April: | <ul style="list-style-type: none">• Frühjahrshauptversammlung der Zimmerer-Innung Waldshut-Bad Säckingen – Diskussion zum Thema „Mindestlohn“ |